

Antrag

der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack , Amke Dietert-Scheuer, Angelika Beer, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Uschi Eid, Dr. Helmut Lippelt, Winfried Nachtwei, Christa Nickels, Gerd Poppe, Halo Saibold, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Friedensinitiative für Algerien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die derzeitige Lage in Algerien macht eine Intervention der internationalen Gemeinschaft dringend notwendig. Die täglichen Schreckensmeldungen über immer neue Massaker an der Zivilbevölkerung widerlegen die Darstellung der algerischen Regierung, es handele sich bei terroristischen Akten um ein Restproblem. Offensichtlich ist die algerische Regierung entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Bevölkerung wirkungsvoll zu schützen. Vielmehr versucht sie, die Berichterstattung über Gewaltakte zu verhindern, und trägt in keiner Weise zu einer Aufklärung bei. Eine Folge davon ist, daß es gegenwärtig keine Möglichkeiten gibt, die Attentäter eindeutig zuzuordnen oder zu identifizieren. Die Unfähigkeit der Regierung zu einer Lösung des Konfliktes und zur Deeskalation machen eine internationale Vermittlung zwingend notwendig. Die bisherigen Zurückweisungen solcher Ansätze durch die algerische Regierung als angebliche „Einmischung in innere Angelegenheiten“ verlieren in diesem Zusammenhang jede Berechtigung und dürfen angesichts des Leidens der algerischen Bevölkerung nicht länger akzeptiert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- zu beantragen, daß die Situation in Algerien auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gesetzt wird;
- eine aktive Rolle in einer Friedensinitiative für Algerien einzunehmen, hierüber mit der französischen Regierung in einen Diskussionsprozeß einzutreten und Lösungsmöglichkeiten für die Krise in Algerien zu erarbeiten;

- in Absprache mit den europäischen Partnern, insbesondere mit Frankreich, über die Möglichkeiten einer internationalen Algerien-Konferenz zu beraten;
- darauf hinzuwirken, daß die derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der EU und Algerien über ein Assoziationsabkommen bis auf weiteres gestoppt werden;
- die Behandlung Algeriens bei der nächsten Tagung der VN-Menschenrechtskommission zu fordern und sich für die Einsetzung eines VN-Sonderberichterstatters zur Lage der Menschenrechte sowie zur Presse- und Meinungsfreiheit in Algerien einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, daß die algerische Regierung keine weitere finanzielle, materielle oder politische Unterstützung erhält, solange sie keine deutlichen Bemühungen unternimmt, an einer friedlichen Konfliktlösung mitzuwirken, und sich zu einem Dialog auf breiter Basis bereiterklärt;
- Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen abbrechen bzw. bereits bestehende Vereinbarungen nicht umzusetzen, sondern sich für einen bundesweiten Abschiebestopp für Algerier einzusetzen;
- die bestehende Rüstungs- und Militärkooperation mit der algerischen Regierung zu beenden sowie bestehende Hermes-Bürgschaften zu stornieren und keine weiteren Hermes-Bürgschaften für Rüstungslieferungen zuzusagen.

Bonn, den 24. September 1997

Dr. Angelika Köster-Loßack

Amke Dietert-Scheuer

Angelika Beer

Marieluise Beck (Bremen)

Dr. Uschi Eid

Dr. Helmut Lippelt

Winfried Nachtwei

Christa Nickels

Gerd Poppe

Halo Saibold

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Christian Sterzing

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion